



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen. (II.) — Tarifbewegung in Karlsruhe. — Mutterschutz und Säuglingsfürsorge. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Feuilleton: Reifepflaundersen. (VII und VIII.). — Korrespondenzen (Chemnitz, Dresden, Landskron in Bayern). — Adressenveränderungen. — Anzeige.

Beilage: Die diesjährige Tagung des sozialdemokratischen Parlaments. — Rundschau.

Für die Woche vom 6. bis 12. Oktober cr. ist die Beitragsmarke in das mit 41 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Die Nr. 41 der „Solidarität“, die am 12. Oktober erscheint, ist eine Agitationsnummer. Wir ersuchen um rege Verbreitung derselben in den Reihen der Unorganisierten.

Die gelben Staatskarten sind fällig. Die Einbindung muß umgehend erfolgen.

Das III. Quartal ist abgelaufen. Die Zahlstellenanfragen werden ersucht, die Abrechnung innerhalb der vorgeschriebenen Frist, spätestens in vier Wochen, einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

F. A.: Paula Thiede, Vorsitzende

## Der Kapitalismus und das Familienleben der arbeitenden Klassen.

II.

Es ist wohl ohne weiteres klar, daß die den arbeitenden Klassen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zur Verfügung stehenden, sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergebenden Mittel gänzlich unzulänglich sind. Ja, solche Mittel wie Ueberstundenarbeit und Heimarbeit sind nicht nur unzulänglich, sie sind ungeeignet und verwerflich, weil sie das Familienleben der arbeitenden Klassen untergraben, Gesundheit und Erziehung schweren Gefahren aussetzen und überhaupt die ganze soziale, körperliche und geistige Entwicklung des Volkes in einem hohen Grade beeinträchtigen. Und trotz dieser Mittel besitzt das Unternehmertum Handhaben genug, um immer wieder einen Druck auf die Lage der Arbeiter auszuüben und willige und billige Arbeitskräfte zu erhalten, selbst bei besserem Geschäftsgange. Darüber gibt auch der bereits angezogene Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten Aufschluß. Es heißt da unter anderem:

„Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Berichtsjahr ist im allgemeinen nicht als besonders günstig zu bezeichnen. Mit der in der zweiten Hälfte des Jahres sich bessernden Geschäftslage der Industrie stellte sich auch eine Steigerung der

Lebensmittelpreise ein. Das reichliche Angebot von Arbeitskräften zog auch mehrfach Lohnherabsetzungen nach sich.“

Dieser kurze trockene amtliche Bericht läßt das ganze Elend der arbeitenden Klassen und die ganze Misere der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so recht deutlich erkennen. Wohl hat hier und da der günstigere Geschäftsgang günstig auf die Lohnverhältnisse gewirkt, aber die gewaltige Verteuerung des Arbeiterhaushalts macht die günstige Wirkung wieder vollständig zunichte. Das Unternehmertum hat also durch eine zielbewußte und wohl berechnete Preispolitik eine Steigerung des Reallohnes nicht eintreten lassen und damit bewirkt, daß ihm die gleichen billigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Denn die arbeitenden Klassen können mit dem höheren Geldlohn auch nur die zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft bereits vormem unbedingt aufgetretenen Bedürfnisse befriedigen. Dazu kommt, daß ja infolge des Ueberangebots an Arbeitskräften gar keine Veranlassung für das Unternehmertum besteht, mit dem günstigeren Geschäftsgange auch günstigere Lohnverhältnisse eintreten zu lassen. Es zeigt sich eben, wie unbedingt notwendig es ist, die für das arbeitende Volk so ungünstigen Einflüsse und Wirkungen des Kapitalismus möglichst unwirksam zu machen und der sozialen Entwicklung eine treibende Kraft zu verleihen. Und das ist durch das Eingreifen der erklarten modernen Arbeiterbewegung in den Bereich der Möglichkeit gegeben worden.

Darum aber ist es ungemein wichtig, daß für die Stärkung der Arbeiterorganisationen alles getan wird, um ihre Macht zu vergrößern und ihre Entwicklung machtvoll vorwärts zu treiben. Die organisierten Arbeiter dürfen es daher weder an Mühe und Solidariät, noch an Opfermut und Kampfesfreudigkeit fehlen lassen, um der Arbeiterbewegung zu einem bestimmenden Einfluß im Arbeitsvertrage, im öffentlichen und politischen Leben zu verhelfen. Das muß um so mehr von allen organisierten Arbeitern gefordert werden, als das Unternehmertum in einem steigenden Maße zum Vernichtungskampfe gegen die selbständigen und freien Arbeiterorganisationen rüstet und keine Mittel spart, diesen Vernichtungskampf erfolgreich durchzuführen. Die Unternehmer scheuen schon um deswillen keine Mittel, weil sie ihre selbstthätigen kapitalistischen Interessen bedroht sehen, weil sie fürchten müssen, daß die aus ihrer Bedürfnislosigkeit aufgerüsteten Massen des arbeitenden Volkes höhere Anforderungen an das Leben und an den Verdienst stellen, daß die Arbeiter ihre Kinder von der Erwerbstätigkeit befreien; deren Erziehung in neue Bahnen lenken und daß sie die Angriffe des Kapitalismus auf das Familienleben erfolgreich zurückzuschlagen werden. Und weil die Unternehmer das fürchten, richten sie mit vereinten Kräften bewußte Angriffe gegen das Familienleben der organisierten Arbeiter, indem sie die Wortführer und gewählten Vertreter der Arbeiter maßregeln und sie in andere Betriebe nicht unterkommen lassen. Wenn Frau und

Kind Hunger leiden — um so besser für die kapitalistischen Herren- und Gewaltmenschen. Je zahlreicher die von dieser Gewaltmaßregel betroffenen Familien sind, um so schneller hoffen sie ihr unheimliches Ziel der vollkommenen Arbeiternebelung zu erreichen. Deshalb dehnen sie ihre gewalttätige Politik der Auszehrung mehr und mehr auch auf weitere Kreise der organisierten Arbeiterklasse aus, und vielen dieser industriellen Herrenmenschen genügt die bloße Zugehörigkeit „seiner“ Arbeiterinnen und Arbeiter zur Organisation, um sie brotlos zu machen.

Aber noch in einer anderen Weise greift das Unternehmertum das Familienleben der Arbeiter in ganz bewußter Absicht an, um sich die benötigten willigen und billigen Arbeitskräfte zu erhalten. So hat eine Dreabener Glasfabrik sehen müssen, daß höhere Lebensinteressen der Arbeiter dazu führen, Arbeitsstätten, die durch Ueberanstrengung, überlange Arbeitszeit und unzureichende Löhne den Arbeitern zur Hölle geworden sind, von Arbeitskräften zu entblößen. Da griff die Betriebsverwaltung mit harter Hand das Familienleben der von ihr beschäftigten Arbeiter an und sandte ihnen folgenden Brief:

Ihr Sohn (Ihre Söhne), welcher früher als Glasmacher in unserer Fabrik gearbeitet hat, jetzt aber anderweit beschäftigt ist, hält sich noch in Ihrer, von uns gemieteten Wohnung auf. Da wir aber nicht zugeben können, daß erwachsene Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen, in unseren Arbeiterwohnungen logieren, so fordern wir Sie hierdurch auf, Ihren Sohn innerhalb acht Tagen auszuquartieren, widrigenfalls wir uns veranlaßt sehen, Ihnen Ihre Wohnung per 31. Juli cr. zu kündigen.

Für die Betriebsleitung sind die Söhne der von ihr beschäftigten Arbeiter nur „Personen, die nicht bei uns in Arbeit stehen“, und danach richtet sie ihre Maßnahmen ein, wie es gerade die kapitalistischen Interessen fordern. Bekannt ist ja, ein wie großer Druck mit Arbeiterwohnungen und anderen sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ ausgeübt wird, wenn die in Frage kommenden Arbeiter Lohnforderungen stellen und für ihre Forderungen in den Kampf eintreten. Dann wird auf die Familie und deren Interessen, die sich an die Heimat knüpfen, nicht die geringste Rücksicht genommen — das kapitalistische Interesse will es so.

Die menschlichen Interessen der arbeitenden Klassen wollen es aber anders. Sie erwidern das Verlangen nach einem größeren Anteil am Leben, der aber nur durch einen größeren Anteil am Arbeitsvertrage gewährleistet wird. Es kann daher gar nicht ausbleiben, daß die Erkenntnis, durch größeren Anteil am Arbeitsvertrage zu höheren Lebensinteressen zu gelangen, unter den arbeitenden Klassen mehr und mehr an Boden gewinnt. Und zu diesen höheren Lebensinteressen gehört das Interesse an einem größeren Familienglück und an einer wirklichen Kindererziehung. Es gehört auch dazu, daß die Erwerbstätigkeit aus der Familie verbannt wird —

nicht in dem Sinne, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen aufgehoben werden soll. Diese soll aber in hygienisch einwandfreie Arbeitsstätten verlegt, auf höchstens acht Stunden beschränkt und zudem höheren Lebensinteressen entsprechend bezahlt werden. Die Erwerbstätigkeit der Kinder muß aber verschwinden und die Kinder erwerbstätiger Mütter müssen unter erzieherische Aufsicht gestellt werden, um sie vor Schäden zu bewahren. Das alles kann aber nur durch die vereinte Kraft erzwungen werden. Von selbst erhalten die arbeitenden Klassen nichts. Denn der Kapitalismus, der selbst vor Familie, Kinderglück und Menschenleben nicht Halt macht, gibt nichts von seinem Raube heraus, ohne dazu gezwungen zu werden.

Es ist ein harter Kampf, aber er muß gekämpft werden — um der Armen, um der Kinder, um der Menschheit willen. Drum helfe, wer nur irgend kann, daß dieser Kampf auch zum Siege geführt wird!

## Caribewegung in Karlsruhe.

Donnerstag, den 26. September, mittags 12 Uhr, fand eine sehr gut besuchte Versammlung der Karlsruher Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollegin Thiede berichtete über die getroffenen Vorarbeiten zur Tarifverhandlung und die Antwort der Karlsruher Prinzipale. Wie erinnerlich, hatten die Prinzipale es abgelehnt, an den Berliner Tarifverhandlungen teilzunehmen und es später gleichfalls abgelehnt, die am 18. Dezember 1911 in Berlin abgeschlossenen Vereinbarungen anzuerkennen. Anstatt der vereinbarten Zulagen von 12½, 10 und 7½ Prozent auf die verschiedenen Lohngruppen haben die Prinzipale auf alle Löhne je 7½ Proz. bewilligt und wollten auf weitere fünf Jahre auch nur die früheren „Allgemeinen Bestimmungen“ anerkennen. Zu diesen Sonderabmachungen konnte der Verbandsvorstand seine Zustimmung nicht geben und hat dem Karlsruher Prinzipalsvorstand davon schriftlich Mitteilung gemacht. Wir haben nun unserem Auftrag gemäß in Vorberatungen erneut Forderungen aufgestellt und in Berücksichtigung der Leuerungsverhältnisse einen Lohnausgleich für die älteren verheirateten Kollegen empfohlen. Am 21. September wurde die neue Vorlage dem Prinzipalsvorstand zugestellt und am selben Tage kam die Antwort, daß die Prinzipale jede Verhandlung ablehnen. Daraufhin haben wir das Tarifsamt um seine Vermittlung ersucht und es ist zu verzeichnen, daß bereits am 26. September vormittags eine Vorverhandlung stattfand, an der prinzipalsseitig Herr Ch. Vogel und von unserer Seite Kollegin Thiede

und Kollege Werner teilnahm. Es wurde vereinbart, Tarife anderer Orte einzufordern und erneute Verhandlungen Ende Oktober anzuberaumen. Die Versammelten erklärten sich bereit, bis dahin auszuharren und beschloffen ferner, alle weiteren Versammlungen während der Tarifverhandlungen nur in der Mittagszeit abzuhalten, weil dadurch eine vollzählige Teilnahme aller Kollegen und Kolleginnen möglich ist. Um 1½ Uhr wurde die imposante Versammlung, an der als Gäste auch zwei Vertreter des Karlsruher Buchdruckerverbandes und der Kartellvorsitzende teilnahmen, geschlossen.

## Mutterschutz und Säuglingsfürsorge.

k. r. Die Reichsversicherungsordnung hat eine durchgreifende Mutterschaftsversicherung nicht gebracht. Die Wöchnerinnen-Unterstützung ist nur von sechs auf acht Wochen erhöht worden. In dritter Lesung im Reichstag wurde hierzu noch eine Verschlechterung insofern angenommen, als für Mitglieder der Landstrafenklassen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, durch die Setzung die Dauer des Wochengeldbezuges bis auf vier Wochen herabgesetzt werden kann. Nun können, nicht aber müssen, die Krankenkassen auch höhere Leistungen, als wie das Gesetz vorschreibt, einführen. So können Schwangerschaftsunterstützung, Hebammendienste, Aufnahme in Wöchnerinnenheime, Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen, Stützgelde usw. gewährt werden. Bei der Familienhilfe kann auch den versicherungsfreien Ehefrauen der Versicherten Wochenhilfe und Stützgelde gewährt werden; wir verweisen hierbei auf unseren Artikel „Zentralisation der Krankenkassen“.

Auf dem 3. Internationalen Kongress für Säuglingschutz, der im September vorigen Jahres in Berlin stattgefunden hat, wurde dringend die reichsgesetzliche Einführung der Mutterschaftsversicherung gefordert. Die hohe Säuglingssterblichkeit wurde mit Recht als eine Folge der wirtschaftlichen Schutzlosigkeit von 1½ Millionen Frauen zur Zeit der Geburt bezeichnet. Statistisch ist nachgewiesen, daß in Deutschland durchschnittlich pro Jahr 360 000 bis 375 000 Säuglinge sterben und zehntausende Mütter opfern alljährlich Leben und Gesundheit im Wochenbett. Ueber die einzelnen Staaten liegt ebenfalls entsprechendes Material vor. Es sterben z. B. von 100 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre in Spanien 17,3, Luxemburg 16,7, Italien 15,6, Frankreich 14,3, Belgien 13,2, Niederlande 12,5, England und Wales 12,1,

Schottland 11, Irland 9,7, Dänemark 10,8, Schweden 7,7, Norwegen 6,7, in Deutschland dagegen 17,8. Von den hier genannten Staaten weist Deutschland somit die höchste Säuglingssterblichkeit auf. Neben der wirtschaftlichen Schutzlosigkeit der Frauen spielt hierbei auch die ungenügende Ernährung unter den heutigen Leuerungsverhältnissen eine große Rolle. Hierzu kommt noch der Umstand, daß eine große Anzahl von Frauen durch Ueberanstrengung während der Schwangerschaft und zu frühem arbeiten nach der Entbindung in langes Siechtum verfällt. Sehen wir uns nun noch das von Deutschland vorliegende Zahlenmaterial über die Säuglingssterblichkeit etwas näher an, so ergibt sich, daß einzelne Bezirke, wie Waldeck mit 9,4, Hessen-Nassau mit 10,8, weit unter dem Durchschnitt bleiben; dahingegen stehen die Bezirke mit viel Frauenarbeit, z. B. Meuß a. L. mit 21,3, Meuß i. L. mit 20,3, Sachsen-Mtenburg mit 23, Sachsen mit 20,1 über dem Durchschnitt. Aber nicht nur die industriellen, sondern auch die agrarischen Bezirke, wie Pommern mit 22, Westpreußen mit 21,2, Bayern rechts des Rheins mit 22,7, weisen sehr hohe Zahlen auf. Dort ist die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande größer wie in den Städten. Im Amtsbezirk Augsburg sterben sogar von 100 Lebendgeborenen 34,3. Auf dem angeführten Kongress für Säuglingschutz stellte nun Dr. Bruno Heibelberg folgende Forderungen für eine ausreichende Mutterschaftsversicherung auf: Vohnentschädigung in der Höhe des vollen Tagelohnes für 10 bis 12 Wochen. Ersatz der Kosten für Arzt, Hebamme, Medikamente, Haus- oder nötige Anstaltspflege, Stützprämien, sowie Beihilfe zur Säuglingsernährung.

Nachdem die Gesetzgebung bei der Reichsversicherungsordnung in Sachen der Mutterschaftsversicherung und Säuglingsfürsorge gründlich versagt hat, wird der Weg der Selbsthilfe vorerst weiter zu beschreiten sein. Hier können nun auch die Gemeinden zugunsten der Wöchnerinnen und Säuglinge wirksam mit eingreifen. So haben zurzeit von zirka 430 Städten mit mehr wie 16 000 Einwohnern 255 schon Säuglingsfürsorgestellen. Ebenso sind schon mehrfach von der Propagandagesellschaft für Mutterschutz sogenannte Mutterschaftskassen gegründet worden. In der Heibelberger Propagandagesellschaft wirken mit den Vertretern aller Berufsgruppen auch die Vertreter sämtlicher Arbeiterorganisationen zusammen. Die dortige Mutterschaftskasse, die zahlreiche Mitglieder zählt, gewährt Wöchnerinnen-geld (20 bis 40 Mk.), Stützprämien in Höhe von 20 Mk. bei monatlicher Einzahlung von 50 Pf. Die Propagandagesellschaft versteht die Ver-

## Reiseplaudereien.

Von A. d. Thiele.

(Fortsetzung: VII. Noch etwas über Algier.)

In einem der vielen einfachen Kaffeehäuser, in denen es für zwei Sous (Stuh) eine recht trinkbare Tasse Kaffee gibt oder ein Viertelliter Rotwein, kamen wir mit drei Zuaven ins Gespräch. Der eine war ein lebhafter Burische, der die Augen offen hatte. Er stammte aus dem nordfranzösischen Kohlenreviere. Als ich aus einer Bemerkung seine Gesinnung erkannt hatte und mich als Sozialdemokrat aus Deutschland zu erkennen gab, freute er sich außerordentlich und machte kein Hehl daraus, daß auch er glühender Sozialist sei. Ungeniert plauderte er über die nützlichsten Verhältnisse. Die Behandlung sei nicht schlecht, und überanstrengt würden sie nicht; aber miserabel sei die Löhnung, die täglich nur zwei Sous (gleich zehn Centimes oder acht Pfennig) betrage. Er freute sich schon jetzt, daß in Jahresfrist seine (zweijährige) Dienstzeit in Algier um sei und er dann wieder nach Frankreich zurückbefördert werden müsse. Es falle ihm nicht ein zu kapitulieren.

Als wir vorher oben auf der Kasbah am arabischen Friedhof vorbeigegangen waren, hatte ich zu meiner nicht geringen Verblüffung am freien Straßenrande einen Araber mit ausgeprägtem Gangesgesichte sitzen sehen, der drei vor ihm hockenden jüngeren Männern, es mochten Landbewohner sein, im regelrechten Kummel-

blättchenstiele die Soustüde abgaunerte. Ich erzählte das dem Zuaven und fragte ihn, ob das hier häufiger vorkomme. Er bejahte das eifrig und erbot sich, uns in Winkelstiepen der arabischen Stadt zu führen, wo wir unser blaues Wunder erleben könnten. Türken seien es nie; nur Italiener, Spanier, Franzosen oder allerlei hergelaufenes Gesindel lebe von den Glücks- und Palschspielen, und unter ihren Opfern befänden sich ebensowohl Arbeiter als kleine Handwerksmeister aus der Araberstadt. „Die Gauner sind alles gute Katholiken“, fügte der Zuave boshaft hinzu.

Ueber die Arbeitsverhältnisse mußte er zu berichten, daß die Gehilfen der Handwerksmeister wohl ohne Ausnahme bei ihren Prinzipalen Kost und Logis haben und an Barlohn wöchentlich nur wenige Franken (1 Fr. gleich 80 Pf.) erhalten. Die Maurer verdienen drei bis vier Franken täglich, selten darüber, oft darunter; die Hafnarbeiter seien meist in Akkord beschäftigt, ihr Einkommen sei sehr unregelmäßig. Allgemeine Ermahnungen zwischen Unternehmern und Arbeitern gebe es noch nicht, das Herkommen sei entscheidend. Kleinere Streiks seien mehrfach mit wechselndem Erfolge, doch ohne dauernde Wirkung versucht worden. Es fehle die rechte Ausdauer. Groß sei noch immer die Zahl derer, die nicht lesen und nicht schreiben können. Sie schimpften zwar, fügten sich aber in ihr Schicksal; „ils sont trop bête et trop paresseux“ („sie sind zu dumm und zu faul“). Ich erwiderte ihm, daß sie genau wie wir nur das Produkt ihrer natü-

lichen Veranlagung, ihrer Erziehung und der sie umgebenden Verhältnisse seien. Er pfiff sich was und antwortete nicht. Er mochte die lungenrde, schwarzenbe Gesellschafft zu sehr im Magen haben. Und doch ist's so. Ehe hier nicht die sozialistische Erziehung einsetzt, wird es nicht besser.

Die Nacht war hereingebrochen. Aus der Araberstadt drangen nur wenige unsichere Lichtschein herunter an den Strand, während auf dem im hellen Gaslichte und im Scheine hunderter elektrischer Glühlampen taghell beleuchteten Boulevard Autos und Equipagen dahinsauften, und sich das Nachtleben der eleganten Welt entwickelte. Hier volles Wohlleben und Genießen, dort ärmliches Vegetieren in Unwissenheit und angeborener Trägheit. Auf der Wanderung am Nachmittage waren wir an einer katholischen Kirche vorbeigekommen. Sie stand offen, und wir gingen hinein. Dasselbe Bild wie anderswo, dieselbe Sitanei. Die Gläubigen saßen in den Bänken oder lagen auf den Knien und beteten ihren Rosenkranz herunter. Nur die Gesichter und die Trachten waren anders als bei uns zu Hause, und der Wechselgesang zwischen dem Geistlichen am Altar und der Gemeinde war französisch, nicht deutsch. Sonst alles wie bei uns. Der Zweck derselben, die Folgen dieselben und die Ursachen dieselben. Auch die Besucher dieselben: einige Tugend Frauen und Mädchen und vereinzelte alte Männer.

Wer auf ein Eingreifen himmlischer Kräfte in das Menschenleben rechnet, handelt ganz

ficherten der Mutterschaftskasse mit Schwangeren-  
fürsorge in den letzten vier Wochen. Haus- und  
Wochenpflege gegen geringes Entgelt und zählt  
aus einem Reservefonds Stillprämien, auch an  
solche Bescherte, die noch keinen Anspruch auf  
Wöchnerinnengeld haben. Solange nun die Ge-  
setzgebung nicht eingreift, wird man diese privaten  
Mutterschaftskassen nur begrüßen können, ebenso  
von den Gemeinden die Errichtung von Säug-  
lingsfürsorgestellen verlangen müssen. Das End-  
ziel bleibt natürlich immer die staatliche Mutter-  
schaftsversicherung.

Von den städtischen Säuglingsfürsorgestellen  
liegt ebenfalls interessantes städtisches Material  
vor. So ist z. B. in den Jahren 1908 und 1909  
in Köln zur Ermittlung der Ernährungsverhält-  
nisse der Kinder während des ersten Lebensjahres  
eine Zählkarte zur Ausfüllung verschickt worden.  
Die Auskunft ging darauf über 10 981 von 14 245  
Kindern ein, und es ergab sich, daß davon 16,38  
Prozent oder rund ein Sechstel ohne Brust-  
nahrung gebüben sind. Dabei überlebten von je  
100 gestillten Kindern 73,89 das erste Jahr, wäh-  
rend von den nicht gestillten Kindern nur 62,59  
auf 100 das erste Jahr überlebten. Von den  
Kindern mit Brustnahrung erreichten hiernach  
eine um rund 10 Prozent größere Zahl das erste  
Jahr.

Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit  
dient weiter noch die kommunale Milchver-  
sorgung. Eine Reihe von Städten haben hier  
schon gemeinnützige Milchverkaufsstellen zu ver-  
zeichnen. In anderen Städten, z. B. Karlsruhe,  
Mainz und Köln, hat man genossenschaftliche  
Maßnahmen zur Regulierung der Milchpreise ge-  
troffen. Als weitere Maßnahme für eine ziel-  
bewußte Säuglingsfürsorge ist noch die  
Wohnungsfürsorge, die gemeindliche Arbeits-  
losenversicherung usw. zu erwähnen. Zum Schluß  
sei darauf hingewiesen, daß in der Dienst-  
anweisung für die Kreisärzte bezüglich der Säug-  
lingsfürsorge in § 98 a der Hinweis enthalten ist,  
daß die fortgesetzte Aufklärung der Bevölkerung  
über die Wichtigkeit des Stillgeschäftes notwendig  
sei. Der Kreisarzt soll die für solche Maßnahmen  
zumeist in Betracht kommenden Persönlichkeiten,  
insbesondere die Ärzte, Hebammen, Wochen-  
pflegerinnen, Standesbeamten, zur Mitarbeit  
hierbei heranziehen und die Gemeinden, die  
Kreise oder gemeinnützige Vereine zur Bereit-  
stellung der erforderlichen Mittel zu veranlassen  
suchen. Auch ist auf Maßnahmen zum Schutz der  
stillenden Mütter, insbesondere auf die Errichtung  
von Entbindungs- und Wöchnerinnenheimen, in  
großen Gemeinden auf die Errichtung von Still-  
zimmern und Gewährung besonderer Arbeits-

pausen für stillende Mütter in den gewerblichen  
Betrieben Bedacht zu nehmen. Haben also Re-  
gierung, Gemeinden, Sozialpolitiker, Ärzte usw.  
die Notwendigkeit eines Eingreifens in Sachen  
der Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge er-  
kannt, dann darf man auf die Dauer diese Maß-  
nahmen nicht vorwiegend der privaten Wohltätig-  
keit überlassen, sondern hier muß der Staat  
eingreifen. Von diesem ist dringender denn je  
eine ausreichende Mutterschafts- und Säuglings-  
fürsorge zu verlangen.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

Die Unterstützungsklasse des Zentralverbandes  
Deutscher Konsumvereine hat ihre Generalver-  
sammlung in diesem Jahr nicht im Anschluß an  
den Genossenschaftstag abgehalten, sondern ge-  
mäß einem 1910 gefassten Beschluß eine besondere  
Tagung veranstaltet, für die zwei Verhandlungs-  
tage vorgesehen waren. In Anbetracht der reich-  
lich vorliegenden Anträge war das auch not-  
wendig, denn eine grundlegende Aenderung der  
ganzen Struktur der Klasse machte sich nötig in-  
folge des Angestellten-Versicherungsgesetzes, das  
am 1. Januar 1913 in Kraft tritt. Es handelte  
sich vor allen Dingen um die Frage, ob die Klasse  
in eine Erstaufklasse nach den Grundzügen des  
Reichsversicherungsgesetzes für Privat-Angestellte  
umgewandelt werden oder ob sie als bloße Zu-  
schußklasse weiter bestehen sollte. Im ersteren  
Fall würde sich die Klasse der reichsgerichtlichen  
Aufsicht und Bevormundung unterwerfen müssen,  
während andererseits eine starke Belastung der  
Versicherungsnehmer sowie der arbeitgebenden  
Genossenschaften eintreten würde, weil zu den  
Beiträgen für die Unterstützungsklasse noch die  
jenigen der Angestelltenversicherung kommen, über  
deren Höhe man in den beteiligten Kreisen recht  
empört ist, um so mehr, als die zu erwartenden  
Bezüge in gar keinem Verhältnis zu den Bei-  
trägen stehen. Die Generalversammlung hat nun  
ihre Entscheidung dahin getroffen, daß die Um-  
wandlung in eine Erstaufklasse abgelehnt wurde;  
der Beitrag wird für diejenigen Mitglieder,  
welche der staatlichen Angestelltenversicherung  
unterliegen, von 6 auf 3 Proz. des Gehaltes  
herabgesetzt, von diesen 3 Proz. zahlt der Arbeit-  
nehmer und die Genossenschaft je 1½ Proz. Es  
ist den betreffenden Mitgliedern gestattet, um sich  
die vollen Bezüge zu sichern, sich auch wie bisher  
mit 6 Proz. zu versichern; in diesem Fall zahlt,  
wenn mit der arbeitgebenden Genossenschaft nicht  
eine Halbierung der Beiträge festgesetzt ist, das  
Mitglied 4½ Proz., und die Genossenschaft 1½  
Prozent als Jahresbeitrag.

Tunnels die Felsen durchbrechen muß. Schon  
dieser Wechsel in der Gliederung der Küste mit  
dem sanften Grün der Gärten und Felder im  
Vordergrund und dem satten Dunkelgrün der  
Bergwälder fesselt das Auge. Zu diesem Natur-  
bilde gesellen sich dann noch schier zahllose Or-  
tschaften, Dörfer, Städtchen und Hafenplätze, die  
in das üppige Grün des Küstenraumes eingebettet  
sind oder sich in einer wilden Felsenfuchel hin-  
aufziehen oder in einzelne, zerstreut liegende Ge-  
höfte und Villen zerpflickert einen Bergabhang  
bedecken. Ueberall mahnt uns eine Ruine, ein ver-  
fallener Wartturm an längst vergangene Zeiten.  
Palmen und Kakteen wachsen aus dem ver-  
morschten Gemäuer heraus, das für die Ewigkeit  
bestimmt war und doch heute schon verschollen  
und vergessen ist. Badeorte oder bloße Lustkur-  
orte reißen sich aneinander. Wer in ver-  
schwiegener Ruhe hier seine Nerven wieder in  
Ordnung bringen will, hat keine leichte Wahl,  
unter den vielen geeigneten Orten den geeignetsten  
ausfindig zu machen. Verdenken mag man es  
niemandem, der den Winter an der Riviera ver-  
lebt; denn hier gibt es nicht nur Ruhe und Welt-  
abgeschlossenheit, sondern wer es wünscht und  
über Moseß und die Propheten in genügender  
Menge verfügt, hat hier Gelegenheit, ein raffi-  
niertes Schlaraffenleben mit allem weiblichen  
Zubehör zu führen. Es ist alles da; die halbe  
Welt steht der ganzen zur Verfügung. Es fragt  
sich nur, ob es einer bezapfen kann und will;  
denn billig ist der Spaß nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Antrag, die bisher bestehende Versiche-  
rungsgrenze bei einem Gehalt von 6000 M. an  
aufzuheben, fand keine Annahme, ebenso wurde  
der Antrag, die Versicherung des 1½fachen Ge-  
haltes derjenigen Mitglieder zuzulassen, die  
weber der Invaliden- noch der Angestelltenver-  
sicherung unterteilt sind, abgelehnt. Die Klassen-  
mitglieder sind nicht berechtigt, ein höheres Ge-  
halt, als sie tatsächlich beziehen, zu versichern.  
Anträge auf Erhöhung der Leistungen, Herab-  
setzen der Altersgrenze wurden zurückgewiesen.  
Bewilligt wird nur die Gewährung von Er-  
ziehungsgeldern an hinterlassene Waisen der  
Klassenmitglieder bis zum 18. Lebensjahr, bisher  
wurde dieses nur bis zum 16. Jahr gewährt.

Die Klasse ist seinerzeit bahnbrechend voran-  
gegangen, als für die vielen Angestellten, die nicht  
der Invalidenversicherung unterlagen, keine Vor-  
sorge für ihr Alter oder nach ihrem Tode für ihre  
Witwen und Waisen getroffen worden war. Sie  
konnte und sollte zwar naturgemäß nur den  
kleinen Teil der in Genossenschaftsbetrieben Be-  
schäftigten umfassen, aber für diesen Kreis hat sie  
Einrichtungen geschaffen, die mit einer relativ ge-  
ringen Beitragspflicht die größtmöglichen  
Leistungen verband. Sie konnte es, denn ihr  
Verwaltungsapparat war billig, die Verlags-  
anstalt des Zentralverbandes hatte die technische  
Verwaltungsarbeit gegen eine Entschädigung von  
1 Proz. übernommen, während andere private  
Versicherungsunternehmen mit 20 Proz. Ver-  
waltungsunkosten zu rechnen haben. Durch das  
Angestelltenversicherungsgesetz schien der Bestand  
der Unterstützungsklasse gefährdet; durch den auf  
dieser Generalversammlung geschaffenen Ausweg  
der Halbierung der Beiträge wird die Klasse  
hoffentlich einer weiteren geblühenden Entwicklung  
entgegengehen. Aus dem Jahresbericht ist her-  
vorzuheben, daß der Kasse jetzt 6717 Mitglieder  
angehören; etwa ein Drittel der in den Konsum-  
vereinen beschäftigten männlichen Personen sind  
noch nicht Mitglieder der Kasse. Es soll nach  
Kräften an der weiteren Ausbreitung der Kasse  
gearbeitet werden.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft  
Deutscher Konsumvereine berichtet über  
ihre Umsätze im ersten Halbjahr 1912. Die  
Warenabteilung hat einen Gesamtumsatz  
von 58 626 069,93 M. gegen 45 649 966,83 M. im  
ersten Halbjahr 1911, das ist ein Mehrumsatz von  
12 976 103,10 M.; die Zigarettenfabriken  
erzielten einen Mehrumsatz von 247 827,20 M.  
auf 1 421 979,68 M., die Seifenfabrik  
steigerte den Umsatz von 2 104 722,10 M. auf  
2 538 339,38 M. um 478 567,28 M., auch die  
Bankumsätze haben sich in dieser Zeit außer-  
ordentlich erhöht, im Debet um rund 28 Millionen  
Mark auf 66,88 Millionen Mark, im Kredit um  
28,74 Millionen Mark auf 69,98 Millionen Mark.  
— Das Jahr 1912 brachte der Warenabteilung  
einen Umsatz von 110 Millionen Mark, die Steige-  
rung betrug 23,6 Proz.; wenn das Jahr 1912  
hält, was es im ersten Halbjahr verspricht, so  
wird die Steigerung noch größer werden. Man  
kann wohl die Entwicklung der Großeinkaufs-  
gesellschaft als Maßstab für die ganze Genossen-  
schaftsbewegung in Deutschland ansehen und so  
steht zu erwarten, daß auch das Jahr 1912 die  
Konsumgenossenschaften vorwärts führt.

Ausland. Die englische Großeinkaufs-  
gesellschaft ist im Besitz von fünf Normmühlen,  
deren größte die „Manchester Sun Mill“, die  
Sonnenmühle in Manchester ist. So gewaltig die  
Steinmassen am schiffbaren Wasserweg empor-  
ragen, die wahre Bedeutung der Mühle liegt  
nicht in ihrer äußeren Beschaffenheit, sondern in  
ihrer Leistungsfähigkeit bei der Verarbeitung des  
Kornes. Die Mühle beschäftigte im Jahre 1911  
158 Arbeiter, der Wert des hergestellten Mehles  
betrug sich auf etwa 18½ Millionen Mark. Die  
Arbeitslöhne betragen 287 000 M., der Ueber-  
schuß 425 000 M., der den Selbstgebern, nämlich  
den englischen Konsumvereinen wieder zugute  
kommt. Land, Gebäude und Maschinen der  
Sonnenmühle repräsentieren einen Wert von  
mehr als 2½ Millionen Mark. Es befindet sich  
in Manchester noch eine Mühle der Großeinkaufs-  
gesellschaft, die „Osbham Star Mill“, die andern  
befinden sich in Dunston, Silbertown und  
Wronsnouth. Alle fünf stellten 1911 zusammen  
Mehl im Werte von fast 59 Millionen Mark her.

folgerichtig, wenn er betet und Kirchenlieder  
singt. Aber der Zuave würde sagen, diese Leute  
felen trop bête et trop paresseux.

## VIII. An der Riviera.

Wieder schauelt das Schiff auf dem blauen  
Mittelmeer. Delphine spielen und die Sonne  
meint es so gut, daß wir die schattige Steuer-  
bordseite aufsuchen. Du siehst, mein Lieber, daß  
ich bereits mit seemännischen Ausdrücken um mich  
werfen kann. Bleibe ich noch lange genug auf  
dem Dampfer, dann gelingt es mir vielleicht so-  
gar, mit einiger Sicherheit zu wissen, was der  
Bug eines Schiffes ist und wo sich sein Heck be-  
findet, und die Luvseite von der Leeseite zu  
unterscheiden.

Nach dreißigtägiger Fahrt von Algier aus  
kam die Küste zwischen Genua und Marseille in  
Sicht. Sie ist als Riviera bekannt. Von Genua  
bis Nizza, dem Hauptteil dieser Riviera, sind es  
beiläufig 200 Kilometer. Es ist ohne Zweifel  
eine der reizvollsten Landschaften nicht nur  
Italiens und Frankreichs, sondern überhaupt.  
Hinter dem schmalen, mit Weinpflanzungen,  
Oliven, Orangen und anderen Fruchtbäumen be-  
standenen Küstenraum erheben sich bewaldete  
Berge, die sich hintereinander höher und höher  
aufstürmen, bis sie in den Riesen der Seealpen  
ihre gewaltigsten Erhebungen finden. An  
manchen Stellen stürzen aber auch die viele  
hundert Meter hohen Felsen jääh ins Meer herab,  
so droff, daß die Bahu von Genua bis Nizza,  
die am Ufer hinführt, in unendlich zahlreichen

Diese Großproduktion von Mehl ist außerordentlich nachahmenswert. Ob die deutsche Großeinkaufsgesellschaft auch bald zum eigenen Mühlenbetrieb übergehen wird, hängt vom schnelleren oder langsameren Wachstum der deutschen Konsumgenossenschaften ab. Zwar haben einige größere Konsumvereine schon die Mehlproduktion in eigenen Mühlen in Angriff genommen, doch hefern diese natürlich nur für den eigenen Bedarf. Erstrebenswert ist es jedenfalls, wenn die deutsche Großeinkaufsgesellschaft recht bald die Großproduktion von Mehl in die Hände nehmen könnte. Gert.

## Korrespondenzen.

**Chemnitz.** Auch unsere letzte Mitglieder-Versammlung am 24. September war wieder geradezu miserabel besucht, trotzdem unsere Vorkämpfer, die Genossin Helene Wagner, das Referat übernommen hatte, wovon die Mitglieder rechtzeitig in Kenntnis gesetzt waren. Die Ausführungen der Referentin waren sehr aktuell und aufzufassend. Besonders auffallend ist es, daß nicht einmal die Mitglieder aus dem Parteibetrieb es für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Es scheint fast, daß diese glauben, es nicht mehr nötig zu haben, unsere Bewegung noch zu fördern. Mitglieder, die ihrer Organisation so gleichgültig gegenüber stehen, sind dem Unternehmertum nicht gefährlich, können aber auch keine Mätkung erbringen. Deshalb herrschen ja auch in Chemnitz noch die denkbar niedrigsten Löhne. Während ein Sturm der Entrüstung durch das ganze deutsche Volk geht, scheint es, als wollten unsere Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sich vom Kampfplatz fern halten und die Hände ruhig in den Schoß legen und weiter schlafen wie bisher. Ungeachtet der schweren wirtschaftlichen Notlage, in der sich Millionen und aber Millionen Familien befinden, da wollen wohl unsere Hilfsarbeiter weiter vertrauensfellig verharren gegen die, die sie in der Knechtschaft erhalten und aus schwerster Ausbeute! Die Lage der Kollegenschaft wird hier immer erbärmlicher und die Unternehmer, denen sie ihre Arbeitskraft infolge der Uneinigkeit so billig verkaufen muß, sie werden immer reicher. Kollegen und Kolleginnen! Ihr alle, die ihr zu den Rechtlosen, dem Volke der Arbeit gehört, denkt nur einmal so recht darüber nach. Laßt einmal euren ganzen Lebensinhalt vor euren Augen vorüberziehen und fragt euch einmal, was ihr alles erdulden müßt. Aber so sollte es nicht sein und so darf es nicht bleiben. Es kann anders werden, wenn ihr nur wollt. Gerade die gegenwärtigen Verhältnisse müßten dazu beitragen, auch die Augen zu öffnen. Eure Unfreiheit, eure erbärmliche wirtschaftliche Lage ist die Folge eurer Vertrauensseligkeit zu euren Feinden, ist die Folge eurer Gleichgültigkeit und Stumpfheit gegenüber der Organisation. Vergaßet die Zeit nicht unnütz mit Klatschereien, die nur zu Neidereien und Uneinigkeit führen. Klärt euch gegenseitig auf, warum das Los der Arbeiterinnen ein so tieftrauriges ist. Nur durch die Organisation ist es möglich, menschenwürdige Hände zu schaffen. Aber es genügt nicht, daß ihr nur mechanisch organisiert seid, sondern ihr müßt auch begreifen und wissen, warum ihr euch organisiert. Jeder Organisierte hat sich nicht nur so zu nennen, er muß auch als solcher handeln und seine Pflichten, die er mit übernommen hat, erfüllen. Darum richten wir an alle, die es ernst meinen mit ihrer Organisation, den dringenden Ruf: Besucht in Zukunft die Mitglieder-Versammlungen und helft die Bewegung fördern durch Werbung neuer Mitglieder. Mitleid die Schwachen, die Feindlinge, die Gleichgültigen auf, damit sie mit uns kämpfen für gutes Recht und menschenwürdige Zustände.

**Dresden.** Mitglieder-Versammlung am 24. September. Leider war infolge des ungünstigen Wetters der Besuch nicht besonders zahlreich, trotzdem ein interessanter Vortrag auf der Tagesordnung stand. Der Referent, Naturheilkundiger Wolf, sprach über: „Die Frau in der Urzeit“ und verband es durch seine Ausführungen, die Aufmerksamkeit, namentlich der weiblichen Besucher, an seine Worte zu fesseln. Auf Grund geschichtlicher Forschungen erläuterte er die gesellschaftliche und familiäre Stellung der Frau von der Urzeit bis zur Gegenwart unter gleichzeitiger Bezugnahme auf den sexuellen Verkehr bei den verschiedenen Völkern. Der Vortragende endete mit dem Schlusssatz: Die Frau gehört nicht ins Haus, sondern aus dem Hause in die Gesellschaft, sie muß gleichberechtigt sein mit den Männern. Allgemeinen Beifall spendete

die Versammlung dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. „Ueber die gegenwärtige Lage in unserem Gewerbe und was haben wir zu tun“ sprach Kollege Paul Herrmann. Zurückgehend auf das Tarifzustandkommen für den Buchdruck von 1906 bezüglich der Ertragsverhältnisse von damals mit dem gegenwärtigen Tarif und betonte, daß es, soweit das Hilfspersonal in Frage kommt, an 12 Orten möglich war, diesbezügliche Abmachungen mit den Unternehmern zu vereinbaren. Die Abneigung der Unternehmer für bindende, ihre Entschlußfähigkeit und Taktik hindernde Verträge ist bekannt. Die letzte General-Versammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu Breslau hat Maßnahmen getroffen, die unter dem Deckmantel eines wohlklingenden Namens die verumtlichen Absichten der Herren Prinzipale in anderem Lichte erscheinen lassen sollen. Im Steindruckgewerbe liegen die Verhältnisse für das dort beschäftigte Personal noch nachteiliger. Das Bestreben der Unternehmer, nur unorganisierte Kräfte heranzuziehen, ist teilweise gelungen und durch Verprechungen haben sich leider eine Anzahl gelernter und ungelernete Leute überreden lassen, aus ihren Verbänden auszutreten. Besonders die gelben Organisationen erziehen sich des Wohlwollens und der Fürsorge gewisser Arbeitgeber. Eine hiesige Firma hatte wegen flauer Geschäfte während des Sommers zunächst den Organisierten gekündigt, und als bei weiterem Arbeitsmangel auch die auf Eruchen des Herrn Geschäftsinhabers aus dem Verband Ausgetretenen dem Betrieb und ihrer angeblichen Lebensstellung Voreil sahen mußten, wird wohl mancher seine vorerliche Handlungsweise bereut und sich überzeugt haben, daß mit des Geschickes- oder Unternehmers-Mächten kein ewiger Bund zu schließen ist. Uebriens lassen alle Maßnahmen in manchen größeren Druckereien darauf schließen, daß der Schutzverband, nachdem er die Arbeiterchaft gedemütigt glaubt, mit um so mehr Energie an die Einführung einer lasernenmäßigen Zucht und sonstigen Schikanen herantritt, um die Leute zu willens- und rechtslosen Lohnsklaven zu machen. Auch ist im Steindruck seitens der Unternehmer das Bestreben vorhanden, die Löhne möglichst herabzudrücken, was natürlich dadurch, daß sich immer wieder billige Kräfte finden, die bei der herrschenden Leuerung unmöglich mit so geringem Verdienst auskommen können, zum eigenen Nachteil für dieselben ist, von der anderen Seite aber um so mehr ausgenutzt wird. Trotz dieser wirtschaftlichen Misere für die Arbeiterchaft wird die menschliche Arbeitskraft aufs intensivste ausgenutzt, wozu die technische Fortentwicklung und leistungsfähige Maschinen noch besondere Ansprüche stellen, die früher nicht geahnt wurden. Besonders die Steinschleiferlöhne haben einzelne Firmen in

letzter Zeit reduziert, sodaß dieselben durchschnittlich niedriger sind wie anderswo, obwohl die Leuerungsverhältnisse kaum größere sind. Der Redner führt zum Schluß noch aus, daß es hohe Zeit wird, die Mißstände im Steindruck einer Besichtigung entgegenzuführen, wenn nicht die wirtschaftliche Lage des Hilfspersonals noch trostloser werden soll als sie es bereits ist. In der Diskussion sprechen hierzu die Kollegen Schönert und Barthel und betonen ihr Einverständnis zu den gemachten Ausführungen; letzterer bemerkt noch, daß die Gleichgültigkeit unserer Mitglieder aufgerüttelt und Protest gegen die ungerechten Umgehungen der Unternehmer erhoben werden müsse. Hieran nimmt Kollege Franz Herrmann das Wort und teilt mit, daß nächstem von uns in eine rege Agitation eingetreten werden soll und daß der Hauptvorstand auf einer zu unternehmenden diesbezüglichen Tour in der Zeit zwischen 22. bis 29. Oktober auch Dresden mit besuchen wird. Der Redner bemerkt noch, daß es unmöglich in der bisherigen Weise weitergehen könne, wenn die agitatorische Tätigkeit nur von einigen Personen betrieben werden soll, es müsse vielmehr die Allgemeinheit mitarbeiten, um den Gewerkschaftsgedanken zu verbreiten und die Abseitstendenzen für uns zu gewinnen. Unter „Verschiedenes“ wird bekannt gegeben, daß am 2. November ein Tanzabend in den Blumenfälen, am 26. November Vorführungen von V. Erichsen im Kristallpalast und am 5. Januar eine Weihnachtsfeier bei Adam stattfindet.

**Landshut in Bayern.** Die Gründung unserer jüngsten Zahlstelle hat in der Firma Smorowski u. Schmalz die Maßregelung von fünf Kollegen und Kolleginnen, die schon jahrelang im Betriebe beschäftigt sind, zur Folge gehabt. Eine vollzählig besuchte Versammlung am 29. September beschloß, da keine Kündigung besteht, am Montag, den 30. September, in eine Abwehrbewegung einzutreten. Eine Kommission, bestehend aus Hilfsarbeitern und Buchbindern, hat sich zu Verhandlungen mit der Firma bereit erklärt.

## Adressenveränderungen.

**Altenburg S.-A.**  
Vorstand: Max Griffler, Benzels-  
straße 18 IV.  
Kassierer: Louis Schmidt, Treppen-  
gasse 6 II.  
**Chemnitz.**  
Vorstand: Robert Fündelwirth, Föllner-  
straße 30 II.  
**Grimma.**  
Vorstand: Alfred Babs, Burdeta 52  
bei Grimma.

# Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

## Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber.

Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1912/13 sind zu wählen:

von den Kassenmitgliedern 267 Vertreter,  
von den Arbeitgebern 126 Vertreter.

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am

**Sonntag, den 20. Oktober cr., vormittags präc. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr**  
**im Gewerkschaftshause (großer Saal), Engelufer 15**

statt. (Um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch bezw. die Quittungskarte, und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, selbige den oben aufgeführten Mitgliedern beifügig Teilnahme an der Wahl auszubehändigen.

Ohne Quittungsbuch bezw. Quittungskarte ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am

**Mittwoch, den 23. Oktober cr., abends 8 Uhr**  
**im Konferenzzimmer des Kassenvorstandes, Alexandrinenstr. 44, Hof rechts 2 Tr.**  
und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Berlin, den 30. September 1912.

**Der Vorstand.**

J. Blenz, Vorsitzender.

Otto Wuntst, Schriftführer.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 40.

Berlin, den 5. Oktober 1912.

18 Jahrgang.

## Die diesjährige Tagung des sozialdemokratischen Parlaments.

h. Die Zeitungen der politischen Viehzüchter und Schnapsbrenner hatten eine Kreuzung so ungefähr „Kosa Luxemburg“ — „Hilfbrandi“ mit einem kleinen Einschlag „Dämpfung“ und „Göppingen“ erwartet. Was kam heraus? Das liberale Wälderlächeln lobt ihn, weil er politisch kluge Linkspolitik gemacht hat — die Politik, die die Liberalen zumeist nur in der Theorie, praktisch aber mit bemerkenswerter Impotenz treiben.

Der gewissenhafte Chronist wird andere Dinge gesehen haben und von Konferenzen und Liberalen gleich weit entfernte Schlüsse ziehen. Vor allen Dingen hat das diesjährige sozialdemokratische Parlament eines getan, was unbedingt notwendig war und geschehen mußte: die Göppinger Affäre erledigt. Zum anderen isolierte er — um vorerst die kleineren, nicht weltgeschichtlichen Ereignisse vorwegzunehmen — die Gruppe Ledebour-Pannetol (der überdies der logisch und rednerisch tüchtigste Vertreter, die Genossin Luxemburg, wegen Erkrankung fehlte) völlig von der allgemeinen Parteitaktik. Zum Dritten wurde Genosse Hilfbrandi aus der Partei ausgeschlossen. Aber das ist vielleicht schon in seinen Konsequenzen und Schlußfolgerungen bedeutungsvoller.

Der Auftakt zum Parteitage — dies muß offen gesagt werden, wie ja überhaupt eingeständene Fehler positive Erfolge sind — klang nicht rein, der gewohnte Akkord des Jubels, der proletarischen Sicherheit und zukunftsreudiger Kampfesstimmung fehlte. Fehlte tatsächlich! Warum? Vielleicht lag es am Niesenfaal; eine Halle, die achtausend Personen faßt, im langen Rechteck eingeat, läßt kaum müßerhaft von Hunderten gesungene Arbeiterlieder hellklingend werden, um wie viel schwerer ist es, hier mit der Masse in Worten eines zu werden, der großen Freude einer Millionenpartei schwingenden Ausdruck zu geben.

Bebel, die Infarnation, die Verkörperung der roten Internationale, sprach nicht. Industriequalm, Regenwetter presste leise aber unaufhörlich die warm hochwallenden Gefühle in die stillen Plätze der Proletarierherzen zurück, beinahe traurig zogen die Tausende wieder in ihre Arbeiterviertel.

Der Geschäftsbereich des Genossen Ebert, eine auch rednerisch glänzende Leistung, konnte nur allgemeines Wachstum, innere Konsolidierung und immer-stärker-werden feststellen. Gesund und klar baute sich Grund um Grund auf, aus denen „Göppingen“ geworden. Eine verschlehte Zeitungsgründung, gegen den Willen des Parteivorstandes, der Leiter der Landesorganisation, durchgesetzt, als Sprachrohr in Württemberg immerhin ungewohnter Tonart und Sache. Der Kampf um die Erhaltung der Zeitung wurde zum Krieg der Meinungen so notwendigerweise, wie Instanzen und Personen Menschen sind. Den stärksten und entscheidendsten Eindruck machte aber die Bemerkung des Vertreters der „Leipziger Volkszeitung“, seines Chefredakteurs Genossen Lensch: unser Parteiorgan ist das Opfer objektiver falscher Berichterstattung geworden. Damit war die Affäre Wesfmeyer erledigt, mag man zur württembergischen Sache stehen wie man will.

Der Parteitag ging über alle zu dieser Frage gestellten Anträge zur Tagesordnung über, nachdem der Parteivorstand betont hatte, daß ihm gar nichts an einer besonderen Vertrauensfundgebung liege, ihm genüge die einfache Anerkennung seiner Tätigkeit überhaupt.

Der zweite Tag begann mit dem alten uns von Preußen her aufreizenden Takt: Kampf um ein wirkliches Wahlrecht! Unsere holländischen Genossen kamen am roten Dienstag zu gewaltigen Demonstrationen zusammen, der Parteitag sandte ihnen brüderliche Kampfesgrüße.

Die Diskussion über Vorstands- und Klassenbericht traf den ganzen Riesenkörper des Arbeiterkampfes: Privatangelegenheitenfrage, Polenagitation — die polnische Zeitung hat der Partei viel Geld gekostet, ohne an Abonnenten Erfolge zu bringen —, Pressefragen, Wunden- und Taubstummensliteratur, Sozialversicherung, Jugend- und Modebeilage der „Gleichheit“ und vieles andere mehr.

Ein scharfer Ton kam in den Parteitag, als Genosse Heinrich Schulz über die Jugendbewegung und ihre Gegner sprach. Die Verfolgung durch die staatlichen Behörden, der ganze Schikanierungsapparat der Regierungen, Verleumdungen und Bekämpfung durch bürgerliche Parteien — kurz, die ganze Kulturfehde, die volle Sünde an der arbeitenden Jugend wurde kräftig beleuchtet und gründlich unterstrichen. Der Parteitag beschloß, dafür zu sorgen, daß in Zukunft der Jugendbewegung, dem Lebendigwerden der jüngeren Proletariermassen noch mehr Aufmerksamkeit als bisher zugewandt wird.

Leuerung! Im Umkehr des Dichtervortes kam man hier sagen: wir kennen die Weise, wir kennen den Zerfall der Ausreden, die immer und immer wieder abgeleiert werden, wenn das Volk hungert, nach Hilfe schreit und Erleichterungen fordert. Wenn irgendwo und irgendwie — so ungefähr führte Genosse Scheidemann aus — der Beweis der Notwendigkeit des Sozialismus zu erbringen ist, an dem Hungertribut der letzten Jahrzehnte und nicht nur der deutschen Proletarier, sondern auch anderer Bevölkerungsschichten und aller kapitalistisch und schutzhüterisch entwickelten Länder ist er durch die Leuerung erbracht!

Beismann Hollweg hat den Brief der Einhundertundzehn bis heute überhaupt nicht beachtet. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Die Furcht, der Sozialdemokratie, der stärksten Partei der Welt, ablehnende Antwort erteilen zu müssen, tragt agrarischen und reaktionären Hochmutes, ist zu groß, als daß überhaupt eine Antwort käme. „Die Gewarnten mögen aus den Ereignissen lernen.“ Mit diesen Worten traf Scheidemann den Kern des Problems — es sind noch nicht genug Sozialdemokraten im Reichstag, noch zu viele Arbeiter wissen nicht, wozu sie gehören, deswegen ist der Zwang zur Antwort, zur Aktion, zur Sorge um das Volk bei unserer Regierung noch nicht groß genug!

Reorganisation lautete der nächste Punkt der Tagesordnung.

Wenn schon die kapitalistische Entwicklung einen unendlichen Fluß der Geschehnisse fortzeugend gebärt, um wie viel mehr ihr Gegenpol, die ihr nachstürmende, sie überholende und vernichtende Arbeiterbewegung. Der Organisationsapparat der sozialistischen Massen muß deswegen dauernd reparaturbedürftig, umbildungsnotwendig sein — mechanisierte Organisationsformen mit Einzelwertigkeiten, ja nicht einmal mit Jahrhundertbedeutungen gibt es nicht, Um- und Weiterbildung ist das Gesetz der Entwicklung, das eben so den Kapitalismus, die privatwirtschaftliche Produktionsweise zum Tode wie die Klassenbewußten Arbeitermassen von Sieg zu Sieg führt. Deswegen war eine Reorganisation des Parteivorstandes notwendig, deswegen ist sie in der Form, wie sie eine Konferenz der im Vorjahr mit dieser Frage Betrauten festgelegt hatte, einmütig angenommen worden — mit wenigen Ausnahmen. Der letzte Außenleiter, Genosse Ledebour, unterlag dabei mit.

Das wichtigste Moment der Endabstimmung lag darin, daß der Parteiauschuß, eine Organisation der landmannschaftlichen Organisationen unserer Partei, eine Vereinigung der Meinungen Süd-, Mittel- und Norddeutschlands, des Westens und des Ostens geschaffen wurde.

Im Prinzip ist das natürlich eine Demokratisierung der notwendigen Zentralisation, wie sie in dem Parteivorstand als der Spitze der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterorganisation liegt.

Das Problem, wie es Liebknecht ausprägte: wenn es darauf ankommt, müssen wir in vierundzwanzig Stunden vierundzwanzigmal unsere Taktik ändern, war die Grundlage des Scheidemannschen Referates über die Reichstagswahlen. War es richtig, bei den Stichwahlen mit den Liberalen zu einem „gedämpften“ Wahlabkommen zu schreiten?

Scheidemann antwortete so: Am 12. Januar war das Bild der Volkmeinung klar und ungeklärt durch Interessentreibereien. Am 13. Januar begann mit dem Handel um die Stichwahlmandate die Gefahr der Erübung, ja der direkten Umfälschung des Volkswillens. Stichwahlen sind immer ein solches Mittel, müssen es notwendigerweise sein, weil sie ihrer ganzen Wesensart nach unfaubarem Stuhhandel Vorjubel leisten. In solcher Situation schloß der sozialdemokratische Parteivorstand das Abkommen. Daß der Wahlfreie Nordhausen unter den sechzehn Wahlkreisen die schwächste Stelle des Abkommens ist, wurde nicht bestritten. Betont wurde dazu nur, daß eben Konzessionen gemacht werden müssen, wenn man einen Gewinn auf der anderen Seite buchen können will. Die Konzession war hier das kleinere Übel, gegenüber dem größeren, der Gefahr der absoluten Fälschung des Volkswillens. Durch die gemeinsame Aktion der Sozialdemokraten und Liberalen ist es wenigstens gelungen, die Fälschung geringer zu machen. Trotzdem müßten wir 138 Mandate im Reichstag haben statt 110, wenn es gelungen wäre, den Volkswillen ungehemmt zum Ausdruck zu bringen.

Unter dem Gesichtspunkt stimmte die überwältigende Mehrheit des sozialdemokratischen Parteitages der Politik seiner Leiter zu.

Bergarbeiterkühn lautete das nächste Thema. Eine unerforschliche Anlage gegen den Klassenstaat, die Arbeiterauswucherung, die Unterdrückung der Proletarier! Lüge und Verdrückung, Terror und Verdummung sind die Voraussetzungen des Märchens vom ewig unzufriedenen Bergarbeiter. Dem steht schwarz in schwarz die grauenhafte, die fürchterliche Wirklichkeit gegenüber! Menschenmassen fallen Jahr um Jahr ganglos, klanglos — der Kapitalismus des Grubenkapitals läßt jeden ernsthaften Schutz des Menschenlebens, Hände braucht er, nur Hände, keine selbstbestehenden Köpfe! Die Meinung des sozialdemokratischen Parteitages wird den Grubenhebern und Kohlenproben wieder einmal unruhige Nachtsünden bereiten. Die Masse der Arbeiter, jeder Einzelne muß dafür sorgen, daß sie auch bei Tage nicht mehr von der sündhaften Verschmetterung und Vernichtung wertvollen Menschenblutes leben können.

Die Tätigkeit der Reichstagsfraktion ist mit dem Einzuge der 110 noch viel umfangreicher geworden als früher, damit steigern sich auch die neuen Fragen und Probleme, zu denen zuletzt auch der „Fall Landsberg“ und die Sonderkonferenzen gehören. Die beiden letztgenannten entwickelten sich wohl durch einen Hauptfaktor: die Disziplin, die nicht nur die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage, sondern auch die ganze Arbeiterpartei zusammenfassen muß.

Bebel, der greise Kämpfer, trat mit in die Schranken, klar und einleuchtend, nicht zuletzt fröhlich und glänzend stellte er fest, was früher an Sonderkonferenzen war und wie richtig es ist, sie jetzt sein zu lassen. Dem stimmte auch der Parteitag zu, nachdem noch vorher der Wortführer des rechten Flügel unserer Partei, Genosse Frank, ausdrücklich einen solchen Beschluß begrüßt und unterstützt hatte.

Die Mut der mit Revolber bewehrten und planmäßig zur Volksgewalt gezielten Streikbrecher, der Arbeitswilligen, fällt ein neues Opfer, einen braven Arbeiter in Burg bei Magdeburg. Der Protest des sozialdemokratischen Parteitages dazu, seine Forderung nach einem Gesetze zum Schutze vor Arbeitswilligen, fand stürmische Unterstützung.

Und nun die letzten Arbeiten des sozialdemokratischen Parteitages.

Der Rüstungswahnsinn fand in der Behandlung des Themas „Imperialismus“, in der Annahme einer etwas langen Resolution einen entschiedenen Gegner am Vertretertag der sozialdemokratischen Partei. Genosse Haase, der Referent, schneit die ganze Frage mit all ihrem Wahnsinn und ihrer Methode, ihren Folgen und ihren Schwächen an — die klare Erkenntnis des Problems des politisch internationalen Kapitalismus ist auf dem Wege. Eine Fülle von Fragen und — noch ausstehenden Antworten ist da zu erledigen. Das bewies auch der Ausschluß des Genossen Hilbrandt-Solingen, der ja zuletzt wegen seiner zukunftsstaatlichen Utopien einer europäisch-kapitalistischen Zollunion und ihres Gegenpols, der bewußt sozialistischen europäischen Arbeiteraktion, erfolgte.

„Dämpfung des Klassenkampfes“ bezeichnete Adolf Müller, Redakteur der „Münchener Post“ und Wortführer der Minderheit des Beschwerdeauschusses, das ganze von Hilbrandt aufgerollte Problem. Vielleicht ist das tatsächlich die richtige Formulierung der Hilbrandtschen Zukunftsfragen. Der Chronist hat die Pflicht, mitzuteilen, daß der Parteitag den Ausschluß mit Zweidrittelmehrheit beschloß, er hat vielleicht das Recht, hier persönlich hinzuzufügen — der Ausschluß Hilbrandts löste nicht die von ihm aufgerollten Probleme . . .

Nach ging es dann dem Ende einer arbeitsreichen Woche zu, die nicht einmal durch einen Ruhetag unterbrochen worden war. Die Maifeierfrage sollte wieder auf, der Nürnberger Beschluß wurde aufgehoben und nichts anderes einstweilen an seine Stelle gesetzt. Der internationale sozialistische Kongreß wird nächstes Jahr voraussichtlich in Wien stattfinden. Der Schnapsbockott wurde erneut in Erinnerung gebracht. Der Parteivorstand will in Zukunft den Tagungsort des Parteiparlaments selbst auswählen, was auch sehr notwendig erscheint, denn richtige Lokalitäten sind die Voraussetzung einer gesunden Tagung.

Und dann klang es wie alle Jahr hinaus in die Welt:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,  
Zu uns'rer Fahne steh' zu Hauf . . .

## Rundschau.

Das preussische Handelsministerium und die Arbeitsnachweise. Mit dem weiteren Vordringen der Tarifbewegungen ist die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen eng verknüpft. Beide Vertragschließende, Arbeiter wie Unternehmer, haben ein Interesse daran, daß der Tarif innegehalten wird und nicht durch unlaute Konkurrenz beiden Seiten Schaden zugefügt wird. Verkündigte Unternehmer erkennen sehr bald, daß sie im Arbeitsnachweis einen Rückhalt haben, wenn für Firmen, die außerhalb des Tarifes stehen, keine Arbeitskräfte vermittelt werden. Es geschieht nicht selten, daß die Unternehmer die Forderung stellen, der Arbeitsnachweis muß nur für tariffreie Firmen offen sein und die Gewerkschaft muß sich verpflichten, Mitglieder abzuhalten bei Firmen zu arbeiten, die den Tarif nicht anerkennen. Auf der anderen Seite gehen die Unternehmer darauf ein, daß im Arbeitsnachweis den organisierten Arbeitern der Vorrang bei der Arbeitsvermittlung gestattet wird. Man geht von dem Gesichtspunkte aus, daß die außerhalb der Vereinbarung stehenden sich ihre besondere Arbeitsvermittlung einrichten können. Die beiden Vertragschließenden wollen in ihrem Arbeitsnachweis gewisse Garantien schaffen, daß der Tarif innegehalten wird. Diese Garantien können aber die Organisationen nur für ihre Mitglieder übernehmen. Zudem kann ein Anrecht auf den Arbeitsnachweis nur der erheben, der zu den Kosten beiträgt und das sind die beiden Organisationen.

Auch der letzte Tarifvertrag des Zentralverbandes der Maler enthält die Bestimmung, daß in allen Orten, wo die Verhältnisse es gestatten, die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen anzustreben ist. Unter anderen hatten die beiden Vertragschließenden auch in Hannover einen paritätischen Arbeitsnachweis gegründet, der an den öffentlichen Nachweis angeschlossen wurde. In dem Reglement lautet eine Bestimmung:

Die Vertragsmitglieder haben bei der Vermittlung den Vorrang vor Nichtmitgliedern. Diese sind erforderlichenfalls bis zu drei Tagen zurückzusetzen. Zur Legitimation gilt für die Arbeitgeber die Mitatelbesitze, für die Arbeitnehmer das Mitgliedsbuch.

Diese Bestimmung hat bei den Scharfmachern im Baugewerbe Anstoß erregt und unersiehend langat der Einfluß bis ins preussische Ministerium für Handel und Gewerbe. Von dieser Stelle ist an den Magistrat der Stadt Hannover die Weisung ergangen, zu veranlassen, daß die ominierte Bestimmung aus dem Reglement des Arbeitsnachweises gestrichen wird, oder der paritätische Arbeitsnachweis der Maler von dem städtischen öffentlichen Nachweis entfernt wird.

Wohler der preussische Handelsminister das Recht zu diesem Eingriff nimmt, ist unersichtlich, es sei denn, daß man sich wie gewöhnlich im preussischen Handelsministerium keine große Sorge macht um rechtliche Befugnisse, sondern rubig darauf los dekretiert. Diese Verfügung müde um so eigenartiger an, da auf Eingabe der Arbeiter diese dienstfertige Bewusstheit im preussischen Handelsministerium nicht anzutreffen ist. Seit dem vorigen Jahre liegt im preussischen Handelsministerium eine Beschwerde, die sich dagegen wendet, daß für alle dem deutschen Fleischerverbände nicht angehörenden Vereine und Innungen die Arbeitsvermittlung gesperrt wird; Lehrlinge und Gesellen, die bei Meistern arbeiten, die dem Deutschen Fleischerverbande nicht angehören, sind aus dem Arbeitsnachweis verbannt. Man beachte, es handelt sich nicht um eine Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen, sondern um die diktatorische Anordnung einer herrischen Unternehmerorganisation. Dazu kommt die Einrichtung der Zwangsinnung. Es wird also jeder Meister durch Gesetz gezwungen, wenn seine Innung dem Deutschen Fleischerverband angehört, sich dieser Anordnung zu fügen, ganz einerlei, ob er damit einverstanden ist oder nicht. Früher war den Innungen verboten, solchen Kampforanisationen beizutreten, man hatte sich auf § 81 a der Gewerbe-Ordnung berufen, der besagt, daß es Aufgabe der Innung ist, die Förderung eines geordneten Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen herbeizuführen. Vor einigen Jahren ist man im preussischen Handelsministerium zu der unternehmerfreundlichen Erkenntnis gekommen, daß den Innungen nicht versagt werden soll, sich den Scharfmacherverbänden anzuschließen. Diese Schwenkung ganz auf die Seite der Scharfmacher ist bezeichnend für das preussische Handelsministerium, erklärt aber auch, daß auf eine Beschwerde der Gewerkschaftsorganisation der Fleischer vom 11. Oktober 1911, in der die Beseitigung des Terrorismus gefordert wird, bis jetzt noch keine Antwort erteilt ist.

Meisten die städtischen Verwaltungen diese ungebührliche Einmischung des preussischen Handelsministeriums nicht zurück, so wird der weiteren Ausdehnung des Tarifvertrages ein schweres Hindernis entgegengesetzt. Ohne eine feste Grundlage für die Innehaltung des Tarifes schweben solche Vereinbarungen in der Luft. Der Arbeitsnachweis ist mit ein Mittel zur Festhaltung geregelter Arbeits- und Lohnverhältnisse auf Grund getroffener Vereinbarungen. Sehr beachtlich erscheint es uns, wie sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise zu dieser Einmischung des preussischen Handelsministers stellt, er hätte auf seiner demnächstigen Tagung in Hamburg Gelegenheit, sich gegen die Versuche zu wenden, den paritätischen Arbeitsnachweis unter die Aufsicht des preussischen Handelsministeriums zu stellen.

Keine Nachrichten aus der Arbeiter-Internationalen. Australien. Schon seit 17 Jahren unterhält die Regierung in Neu-Seeland eine besondere Abteilung zur Unterstützung kleiner Landwirte durch Darlehen, die zu dem dort sehr billigen Zinssatze von 3½ Prozent (neuerdings auf 3½ Prozent erhöht) und zu günstigen Amortisationsbedingungen ausgeben werden. Der ausfallende Betrag betrug im ersten Jahre 8 Millionen Mark, im Jahre 1911 schon 32 Millionen, insgesamt bisher 310 Millionen. Seit 1907 werden solche Darlehen auch an Arbeiter,

die sich ein eigenes Haus erwerben wollen, gegeben.

England. Der Vorstand der Bergarbeiterföderation wird der nächsten Session des Parlaments auf Grund des Beschlusses des letzten Bergarbeiterkongresses einen Gesetzentwurf vorlegen, der Verstaatlichung aller Bergwerke vorsieht. Deren Gesamtwert im vereinigten Königreich wird auf 2 Milliarden 400 Millionen geschätzt. — Die Genossenschaftsbäckereien in Lancashire einigten sich mit den streikenden Bäckern auf eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde. Bei den Privatunternehmern wird weiter gestreikt. — Die Lohnbewegung der Möbelschler, an der rund 4000 Arbeiter beteiligt waren, ist durch ein Kompromiß soeben nach 20 wöchentlicher Dauer beendet worden. Die Arbeit wird überall sofort wieder aufgenommen. — Die britische Sektion des Internationalen Sozialistischen Bureaus veranstaltet zurzeit unter den englischen Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereinigungen eine Abstimmung darüber, ob sie dafür sind, mit den Arbeitern aller Länder ein Abkommen dahingehend zu treffen, daß im Falle eines Krieges in den betreffenden Ländern eine allgemeine Arbeitsniederlegung erfolge. Der betreffende Antrag wird mit genauer Begründung und der Bitte, die Abstimmung bis Ende September zu veranlassen, in der Gewerkschaftspress veröffentlicht. Das Ergebnis soll dem nächsten Internationalen Sozialistischen Kongreß vorgelegt werden. — Der Verband der Gewerkschaften kündigt die Errichtung einer zentralisierten Lebensversicherungsabteilung an, die notwendig geworden ist, weil sonst die Lebensversicherungs-gesellschaften mit Hilfe des neuen Versicherungsgesetzes den Gewerkschaften auf die Dauer gefährlich werden könnten. — In Lancashire drohen neue Verwicklungen in der Textilindustrie. Während alle interessierten Gewerkschaften nicht mit Nichtorganisierten zusammenarbeiten, ist wegen der anzunehmenden Taktik Zwist entstanden. Rund 1500 Textilarbeiter gründeten daher eine Organisation im Gegensatz zum alten angeblich unter sozialistischem Einfluß stehenden Verbande, sodaß die Unternehmer erkrant aufstehen. — In einer Kriegsschiffswerft streiken 3000 Arbeiter, weil die Regierung den Unternehmern bei Herbeischaffung billigerer Arbeitskräfte behilflich war und diese auch den verlangten Lohn von 50 Pf. Minimum nicht zahlen wollten. — In Manchester begann am Mittwoch der Verbandstag der Konsumangestellten, auf dem 32741 Mitglieder, darunter 3014 weibliche, durch 509 Delegierte vertreten sind. Es wurde beschlossen, allgemein für männliche Angestellte über 21 Jahre einen Minimallohn von 26 Mk. zu verlangen. Gegen die Beschäftigung von Nichtorganisierten in den Konsumgenossenschaften — die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine soll in Manchester allein 1500 Unorganisierte beschäftigen — wurde erneut protestiert und die Zusammenstellung einer Liste solcher Genossenschaften, deren Arbeitsverhältnisse gewerkschaftlich geregelt sind, beschlossen. — Am 30. Oktober wird in Manchester eine Konferenz der syndikalistischen Gewerkschaften stattfinden. — Die Regierung will die Gewerkschaften zur Einkommensteuer heranziehen. Der zuerst deshalb angefaßte Verband der Bergarbeiter wird die Sache bis in die höchsten Instanzen verfolgen.

Frankreich. Dem am 25. September in Dünkirchen begonnenen Verbandstage der Gemeinde- und Staatsarbeiter wohnten 60 Delegierte bei, die 22 Gewerkschaften vertreten. Sympathietelegramme wurden an den deutschen Verband, sowie an die gemäßigtesten Lehrer gesandt. — Gegen das Vorgehen der Regierung, die kurzerhand die Auflösung aller Lehrgewerkschaften verlangte, haben sich fast alle Staatsangestelltenvereinigungen, auch die von der Regierung gehätschelten, mit Entschiedenheit gewandt. Gegen die Unterzeichner des Protestmanifestes ist das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Spanien. Mit 6127 gegen 43 Stimmen beschlossen die Eisenbahner den Streik. In Katalonien wurde die Streikdrohung prompt besetzt und daher auch sofort 4000 soeben entlassene Soldaten zur Bewachung der Bahnen wieder einberufen. Die Eisenbahner des Madriders Reviers sind gegen den Streik, doch ist im Norden der ganze Verkehr schon abgebrochen.

Vereinigete Staaten. In dem verwickeltesten Kampfe der Kohlenräuber in West-Virginia wurde eine über 80 Jahre alte Genossin, die bekannte Rednerin „Mutter Jones“ wegen Aufreizung verhaftet. Der Belagerungszustand wurde noch nicht aufgehoben. — In New York streiken rund 30000 in der Piano- und Musikautomatenindustrie beschäftigte Arbeiter um eine Lohnerhöhung.